

Modul 3

INTEGRATION ODER EUROPA DER STAATEN ? DER STREIT UM DEN „RICHTIGEN“ WEG 1961-62

Die Staatsbesuche Adenauers in Frankreich (Juni 1962) und De Gaulles in der Bundesrepublik Deutschland (Anfang September 1962) fallen in eine Zeit großer Unsicherheit über die Fortentwicklung Europas.

- Verschaffen Sie sich zur **Vorbereitung** auf die Unterrichtseinheit mit Hilfe eines darstellenden Textes (**M 1**) einen **Überblick** über die politischen Schwierigkeiten bei der Fortentwicklung Europas in den Jahren 1957 bis Anfang 1963. Nehmen Sie auch die Übersicht zu den Ereignissen 1961-3 zu Hilfe. (**Anhang 1**)
- Vertiefen und überprüfen Sie diese Informationen, indem je ein Drittel der Lerngruppe in **Einzelarbeit**
 - die europapolitischen Vorstellungen **De Gaulles** (**M 2**)
 - die Positionen **Großbritanniens** und **Belgiens** (**M 3**) oder
 - die von **Reston** formulierten Bedenken der **USA** (**M 4**)
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45141447.html>

analysiert und einen Stichwortzettel anlegt. Gehen Sie dabei auch auf den jeweiligen Quellentyp ein.

- Bilden Sie Dreiergruppen mit je einem Vertreter der drei Perspektiven und konfrontieren Sie die Positionen. Formulieren Sie daran anknüpfend Hypothesen zu erwartbaren Vorteilen und Schwierigkeiten eines engeren deutsch-französischen Zusammenschlusses.

Vertiefungsmöglichkeiten:

- Wie stellt **Jean Monnet** in seinen „Erinnerungen eines Europäers“ die Zusammenhänge dar? (**5**)
- Welche historischen Visionen entwickelt **de Gaulle** in seiner Tischrede in Schloss Brühl? (**M 6**)
- Wie präsentiert die **sowjetische Karikatur** die politische Entwicklung? (**M 7**)

M 3/1

Schwierigkeiten der europäischen Einigung I (1957-1963)

[283] Bald nach dem Zusammenschluß der sechs europäischen Kernländer zur EWG stellten sich schon beträchtliche wirtschaftliche Erfolge ein. In der EWG waren nunmehr 170 Millionen Menschen zusammengeschlossen. Dieser Block wurde rasch zum größten Importeur und zweitgrößten Exporteur der Welt. Das Brutto-Sozialprodukt, also die Summe aller erzeugten Güter und Dienstleistungen, konnten die EWG-Staaten zwischen 1958 und 1962 um 21,5 Prozent steigern, während den USA nur eine Erhöhung um 18 Prozent, Großbritannien gar nur um 11 Prozent im gleichen Zeitraum gelang. Die Erfolge der EWG kamen der Sowjetunion u. a. auch in wirtschaftlicher Hinsicht höchst ungelegen, war ihr durch den Zusammenschluß der Sechs doch plötzlich ein unliebsamer Konkurrent auf dem Weltmarkt erwachsen. Deshalb versuchte die UdSSR einen noch engeren europäischen Zusammenschluß zu hintertreiben. Aber auch Großbritannien, das nicht zur Aufgabe von Souveränitätsrechten bereit gewesen und deshalb nicht der EWG beigetreten war, versuchte nun in stärkerem Maße, seinen älteren Plan zur Schaffung einer großen Freihandelszone im Rahmen der OEEC zu verwirklichen.

Die englische Politik jener Jahre war noch sehr von nationalen Interessen bestimmt; sie gab der herkömmlichen Bindung an das britische Commonwealth den Vorzug vor einem engeren Zusammenschluß mit Staaten des europäischen Kontinents. Um andererseits eine wirtschaftliche Spaltung des freien Europa zu vermeiden, schlug England vor, die sich abzeichnende EWG solle sich mit den übrigen OEEC-Staaten in einer großen Freihandelszone zusammenschließen. Diese hätten den einzelnen Mitgliedsstaaten keine Aufgabe souveräner Rechte zugemutet, aber einen freieren Devisen- und Warenaustausch ermöglicht. Für die EWG-Länder bedeutete der englische Vorschlag eine Verwässerung der europäischen Integration, die man doch gerade mit den Römischen Verträgen so hoffnungsvoll begonnen hatte. Namentlich am französischen Widerstand gegen die britischen Vorstellungen scheiterte schließlich im Jahre 1958 die "Große Freihandelszone".

Nach längeren Verhandlungen kam es schließlich zu einer "kleinen" Lösung: Am 20./21. Juli 1959 gründeten Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz die "Europäische Freihandelsassoziation" (European Free Trade Association, abgekürzt: EFTA). Die Abmachungen traten am 3. Mal 1960 in Kraft; Island schloß sich ihnen am 1. März 1970 an. Die EFTA will durch eine Beseitigung der Handelsschranken eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit unter ihren Mitgliedsstaaten fördern, zugleich aber auch eine solche mit den OEEC-Staaten (also auch den EWG-Staaten) anstreben. Nach einem Zeitstufenplan, der 1966 bereits vorzei- [284] tig verwirklicht wurde, sollten die Zölle für gewerbliche Produkte der EFTA-Länder abgeschafft werden; auch die Mengenbeschränkungen von Ein- und Ausfuhren sollten wegfallen. Eine Wirtschaftsunion, wie sie in der EWG verwirklicht war, bildeten die Staaten der EFTA also nicht. Wenn in der Konvention über die Errichtung der EFTA auch der Wunsch nach einer besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EWG ausgedrückt wird, so ist der neue handelspolitische Zusammenschluß doch in erster Linie als Reaktion auf die Gründung der EWG zu verstehen. Die Randstaaten der EWG hatten gewiß Anlaß zu der Sorge, sie könnten von dem wirtschaftlichen Gewicht der EWG erdrückt werden; zumindest verschaffte der Zusammenschluß der Sieben auch jedem seiner Mitglieder eine bessere Position in Verhandlungen mit der EWG. Mit der Existenz von EWG und EFTA, auch wenn letztere sich als Übergangslösung bis zu einem Zusammenschluß unter einer gemeinsamen Dachorganisation verstand, war Westeuropa wirtschaftlich gespalten. Diese Spaltung veranlaßte die Parlamentarier in Straßburg, nach Möglichkeiten zum Brückenschlag zwischen beiden Organisationen zu suchen.

Die ungeahnten Erfolge der EWG nahmen den Verfechtern einer Großen Freihandelszone den Wind aus den Segeln. Letztlich konnte - im Verfolg nationaler Interessen - die Lösung für die Mitgliedsstaaten der EFTA nur in einem Beitritt zur EWG gesehen werden. Allerdings machten die integrierenden Bestimmungen der EWG den auf Neutralität und Wahrung souveräner Rechte

bedachten Staaten der EFTA einen solchen Schritt unmöglich. Deshalb entschlossen sich zunächst im August 1961 nur England und Dänemark, ein Gesuch zum Beitritt in die EWG zu stellen. Diesem Schritt folgte Irland, das nicht zur EFTA gehörte. Vorausgegangen waren im Sommer 1959 Assoziierungsgesuche Griechenlands und der Türkei. Sie belegen die Anziehungskraft der EWG ebenso wie gleichartige Gesuche Österreichs, Schwedens und der Schweiz im Dezember 1961 sowie Spaniens und Portugals im Jahre 1962. Norwegen beantragte im April 1962 gar die Vollmitgliedschaft in der EWG.

Bei den Erörterungen über eine Große oder eine Kleine Freihandelszone war auch die Frage aufgeworfen worden, ob nicht - ähnlich wie bei der NATO im militärischen Bereich - die USA und Kanada der OEEC beitreten könnten, um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen atlantischen Partnern zu erreichen. Die Amerikaner selbst unterbreiteten entsprechende Vorschläge zur Umgestaltung der OEEC in eine atlantische Wirtschaftsorganisation. Die USA, England, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland setzten daraufhin ein besonderes Wirtschaftskomitee ein, das diese Pläne weiterverfolgte und auch Möglichkeiten einer verstärkten Wirtschaftshilfe prüfte. Am 14. Dezember 1960 kam dann eine Konvention zur Gründung der [285] "Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (Organization for Economic Co-Operation and Development, abgekürzt: OECD) zustande. Sie trat, nachdem sie von den 20 Mitgliedsstaaten angenommen worden war, am 30. September 1961 in Kraft. Im Jahre 1963 wurde auch Japan Mitglied der OECD.

Dieser weltweite Zusammenschluß hat wie die EFTA nicht viel bewirken können. Die EWG blieb der dynamischste Faktor der Weltwirtschaft und zog sich deshalb weiterhin Mißtrauen und Mißgunst der Sowjetunion zu. Mit den losen Zusammenschlüssen von EFTA und OECD kam die europäische Integration keinen Schritt weiter. Alle Hoffnungen dieser Art richteten sich daher auf die EWG, ließen die wirtschaftlichen Erfolge derselben doch erwarten, daß die politische Einigung notwendigerweise folgen würde. Die Staats- und Regierungschefs der EWG waren entschlossen, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. In ihrer Konferenz am 10. und 11. Februar 1961 setzten sie eine Kommission unter dem Vorsitz des Franzosen Christian Fouchet ein, welche konkrete Vorschläge für eine engere politische Zusammenarbeit im Rahmen einer Europäischen Politischen Union erarbeiten sollte. Als in der Kommission Schwierigkeiten auftraten, beschlossen die Staats- und Regierungschefs anlässlich ihrer Zusammenkunft am 18. Juli 1961 verschiedene Grundsätze, nach denen die politische Zusammenarbeit erfolgen sollte. Schon am 2. November 1961 legte die Kommission den Entwurf eines Vertrages zur Gründung einer politischen Union vor (Fouchet-Plan I). Änderungswünsche der verantwortlichen Regierungen machten aber neue Beratungen der Kommission notwendig. So kam es zu einem neuen französischen Vertragsentwurf (Fouchet-Plan II), der am 18. Januar 1962 in der Kommission von den übrigen fünf Vertretern abgelehnt wurde. Diese erarbeiteten nun einen eigenen Entwurf. Eine Einigung wurde, obwohl sich Adenauer und de Gaulle einschalteten, nicht erreicht. So begnügte sich der Ausschuß mit einem gemeinsamen Papier, welches den unterschiedlichen Auffassungen durch Alternativformulierungen Rechnung trug. Dieser am 15. März 1962 von der Fouchet-Kommission angenommene Entwurf enthielt immerhin als Zielvorstellung der Politischen Union, die Politik der Mitgliedsstaaten auf den Gebieten von gemeinsamem Interesse - Außenpolitik, Wirtschaft, Kultur und Verteidigung - anzunähern, zu koordinieren und zu vereinheitlichen. Kurze Zeit danach trafen in Luxemburg die Außenminister zusammen. Sie beauftragten die Kommission, die nun unter dem Vorsitz des Italiensers Attilio Cattani stand, weiterzuverhandeln. Großbritannien bat am 10. April 1962 darum, an den Verhandlungen teilnehmen zu dürfen. Eine Woche später trafen sich die Außenminister der sechs EWG-Länder erneut, konnten sich aber weder über strittige Fragen des Entwurfs noch über die Zulassung Großbritanniens einigen. Dieses Mal wurde [286] die Kommission nicht mehr beauftragt weiterzuberaten. So verlief eine zunächst hoffnungsvolle neue Initiative im Sande.

Nichtweniger enttäuschend war für die Verfechter des Europagedankens die Uneinigkeit der EWG-Partner über den Beitritt Großbritanniens zur EWG und das negative Ergebnis der Verhandlungen. Diese waren von vornherein mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Zunächst

war der Wille der Engländer, Mitglied der EWG zu werden, keineswegs allgemein. Die Labour-Party enthielt sich bei der entscheidenden Abstimmung zwar der Stimme, war aber, als bei den folgenden Beratungen mit der EWG von Großbritannien Zugeständnisse verlangt wurden, gegen einen Beitritt. Damals wurde gar die Befürchtung geäußert, der Beitritt zur EWG bedeute das Ende der tausendjährigen britischen Geschichte und England werde künftig nur noch das Texas oder Kalifornien der Vereinigten Staaten von Europa sein. Die britische Regierung selbst war ihrerseits auch nicht vom Europagedanken geleitet, als sie sich für den Beitritt einsetzte. Sie erkannte vielmehr die wirtschaftlichen Vorteile und die gegenüber der EWG geringen Zukunftsaussichten der EFTA. Zudem war die britische Regierung nicht geneigt, die geschichtlichen Bindungen des Landes an das Commonwealth aufzugeben. Weiterhin sollten die besonderen Interessen der britischen Landwirtschaft und auch die der anderen EFTA-Mitglieder von der EWG eigens berücksichtigt werden. Am 10. Oktober 1961 begannen die Verhandlungen, die schließlich nach 15 Monaten an dem Einspruch General de Gaulles scheiterten. Auch Adenauer war es nicht gelungen, seinen Freund de Gaulle umzustimmen. Dieser erklärte, England sei noch nicht reif für die EWG; die bisher erreichte Integration dürfe nicht durch Aufnahme eines Partners mit abweichenden Interessen gefährdet werden.

Obwohl diese Begründung von de Gaulle nur vorgeschoben war, erwies sie sich, wie der weitere Gang der EWG zeigte, doch als recht stichhaltig. Die wahren Motive für die Ablehnung de Gaulles lagen auf einem anderen Gebiet. Der General befürchtete, England könne mit den Amerikanern im Rücken - er bezeichnete in einer Rede England als das trojanische Pferd der USA in Europa - die Führung der EWG an sich reißen und die Gemeinschaft dem Einfluß der USA unterwerfen. Bei der Ablehnung de Gaulles spielte auch die Tatsache eine Rolle, daß England in dem Vertrag von Nassau (21. Dezember 1962) eine atomare Vereinbarung mit den USA, nicht aber mit Frankreich getroffen hatte. So sah de Gaulle die Führungsrolle Frankreichs im westlichen Europa bedroht. Dieser Beweggrund lief letztlich dem Europagedanken ebenso zuwider wie die Antriebe, welche die britische Regierung veranlaßt hatten, um einen Beitritt zur EWG nachzusuchen.

Nimmt man hinzu, daß auch die seit längerem erörterte Errichtung einer Europäischen Universität in Florenz zu keinem Ergebnis führte, so war sechs [287] Jahre nach Abschluß der Römischen Verträge die politische Integration Europas keinen Schritt weitergekommen. Ebenso bestand die wirtschaftspolitische Spaltung des freien Europa, die mit einem Beitritt Englands zur EWG gewiß überwunden worden wäre, weiter fort.

Quelle:

Auszüge aus: EUROPA. Gedanke und Wirklichkeit. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln, 25. April bis 15. Juli 1979, Köln (Bachem) 1979, S. 283-287

M 3/2

Alain PEYREFITTE: C'était de Gaulle. 3 tomes, Paris 1994-2000. Édition en un volume, Paris (Gallimard) 2002, p. 74-78 (übersetzt von E. Schön)

Kapitel I/8

« MAN INTEGRIERT NATIONEN NICHT WIE ESSKASTANIEN IN EIN KASTANIENPÜREE

[75] „*Ich will, dass Europa europäisch sei, das heißt, dass es nicht amerikanisch sei*“

(...) ich werde am 27. Januar 1960 vom General empfangen. Sofort erklärt er mir, mit Traurigkeit in der Stimme:

„(...) Sehen Sie, es gibt nicht viele wirkliche Europäer. Manchmal frage ich mich, ob ich nicht der Einzige bin. Es gibt Leute, die Posten und Vorteile suchen.

„Da gibt es Luns¹, der Europa bauen will, vorausgesetzt dass das Trojanische Pferd der Angelsachsen mitmacht... Da ist Spaak, der die Zentrifugalkräfte Belgiens kontrollieren will, indem er es mit einem europäischen Bunker umgibt. Da ist Adenauer, der am liebsten verhindern möchte, dass Deutschland sich wiedervereinige, indem er Westdeutschland in Westeuropa integriert und eine Einigung mit Ostdeutschland auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt. Für diese beiden wäre Europa ganz bequem; das würde die Aufspaltung Belgiens und die Vereinigung Deutschlands verhindern... Und da ist noch Pflimlin² der Straßburg als Sitz favorisiert, zu Ungunsten von Paris, das alle außer ihm praktischer finden würden... Alle wollen sie Europa, weil das ihren kleinen Interessen nützt. Ich aber, ich will ein Europa, das europäisch sein soll, das heißt, dass es nicht amerikanisch sein soll.

AP. – Sie haben sich immer *eine bestimmte Vorstellung von Frankreich* gemacht³: Haben Sie sich auch immer schon eine bestimmte Vorstellung von Europa gemacht?

GdG. – Ich habe nicht abgewartet, bis die Erlauchten von Den Haag entdeckt haben, dass es ein Europa gibt, und dass es sich organisieren konnte und sollte. Nehmen Sie meine Vorkriegstexte, meine Texte während des Krieges und meine Nachkriegstexte, und Sie werden feststellen, dass ich immer die Einheit Europas befürwortet habe. Lesen Sie, was ich darüber seit mehr als einem Vierteljahrhundert sage – es wäre vielleicht von Vorteil, diese Texte zusammenzustellen. Ich habe nichts verändert. Ich wünsche Europa, aber das Europa der Wirklichkeit! Das heißt der Nationen – und der Staaten, die allein für die Nationen sprechen können.

[76] „*Die Franzosen können die Deutschen nach wie vor nicht ausstehen.*“

AP. – Wenn Sie kein integriertes und supranationales Europa wollen, wie sehen Sie dann ganz praktisch die europäische Einheit?

GdG. – Die Hauptlinien liegen offen zutage. Was die Details angeht, so sprechen wir ein anderes Mal darüber, wenn ich mehr Zeit habe. Hier erst einmal das Wichtigste.

„Die erste Idee besteht darin, dass Westeuropa sich organisiert, anders ausgedrückt, dass seine Staaten sich annähern, von Amsterdam bis Sizilien, von Brest bis Berlin, so dass sie ein Gegengewicht bilden können gegen die beiden Kolosse, die Vereinigten Staaten und Russland. So lange unsere Länder vereinzelt bleiben, sind sie eine leichte Beute für die Russen, (...) außer wenn die Amerikaner sie beschützen. Sie haben also die Wahl, entweder russische Kolonien zu werden oder amerikanische Protektorate. Sie haben die zweite Lösung vorgezogen, und man versteht gut, dass diese zunächst obsiegt hat. Aber das wird nicht ewig so bleiben können. Es ist also dringend notwendig, dass sie sich einigen, um dieser Alternative zu entgehen. Man muss mit diesen fünf oder sechs Ländern anfangen, die den harten Kern bilden können, aber nichts

unternehmen, was den anderen den Weg versperren könnte, Spanien, Portugal, England, wenn es ihm gelingt, sich vom Commonwealth und den Vereinigten Staaten zu lösen, eines Tages auch Skandinavien, und warum nicht Polen und die anderen Satellitenstaaten, wenn der Eiserner Vorhang sich schließlich hebt.

„Die zweite Leitlinie ist die, dass Europa Wirklichkeit wird oder nicht, je nachdem ob Frankreich und Deutschland sich aussöhnen oder nicht. Das ist vielleicht schon geschehen auf der Ebene der Führungskräfte, aber das geht noch nicht in die Tiefe. Die Franzosen können die Deutschen nach wie vor nicht ausstehen.

„Nur ich kann dem darniederliegenden Deutschland wieder aufhelfen“

Es wird keine europäische Einigung geben, wenn den Schlussstein nicht die Verständigung dieser beiden Völker bildet. Frankreich muss den ersten Schritt tun, denn es hat in Westeuropa am meisten erduldet (...) : [77] Weil es stärker verraten wurde als die Anderen. Deshalb ist es allein in der Lage, die Geste des Verzeihens zu machen. Deutschland ist ein großes Volk, das erst triumphiert hat und dann vernichtet wurde. Frankreich ist ein großes Volk, das erst vernichtet wurde und sich dann dem Triumph angeschlossen hat. Nur ich kann Frankreich und Deutschland aussöhnen, denn nur ich kann dem darniederliegenden Deutschland wieder aufhelfen.“

Der General fährt fort: „Die dritte Leitvorstellung ist die, dass jedes Volk von den anderen verschieden ist, unvergleichlich, unveränderlich, unbeugsam. Es muss es selbst bleiben, in seiner Originalität, so wie seine Geschichte und seine Kultur es geformt haben, mit seinen Erinnerungen, seinem Glauben, seinen Legenden, seinem Willen, die Zukunft zu gestalten. Wenn Sie wollen, dass Nationen sich vereinigen, dann versuchen Sie nicht, sie zu integrieren wie man Esskastanien in ein Kastanienpüree integriert. Man muss ihre Persönlichkeit achten. Man muss sie einander annähern, sie lehren, gemeinsam zu leben, ihre rechtmäßig Regierenden dazu bringen, sich abzustimmen, und eines Tages sich zusammenzuschließen, das heißt gewisse Kompetenzen gemeinsam auszuüben und in allen übrigen unabhängig zu bleiben. So macht man Europa. Man wird es anders nicht schaffen.“

„Die vierte Idee ist die, dass dieses Europa an dem Tag geboren wird, an dem seine Völker aus tiefster Überzeugung beschließen ihm beizutreten. Es wird nicht reichen, [78] dass Parlamentarier über eine Ratifikation beschließen. Allgemeine Volksabstimmungen werden nötig sein, am besten am gleichen Tag in allen betroffenen Ländern.“

Anmerkungen:

1: Joseph Luns (1911-2002) niederländischer Außenminister (1952-1971) und NATO-Generalsekretär (1971-1984)

2: Pierre Pflimlin (1907-2000) war Elsässer, Minister in mehreren Kabinetten, Europapolitiker und seit 1959 Bürgermeister von Straßburg

3: Anspielung auf den ersten Satz in den Kriegsmemoiren de Gaulles („Ich habe mir mein ganzes Leben lang eine bestimmte Vorstellung von Frankreich gemacht“ - « Toute ma vie, je me suis fait une certaine idée de la France »)

M 3/3

Der englische und der belgische Standpunkt zur europäischen Einigung

a) *Der britische Lordsiegelbewahrer Edward Heath erklärte am 10. April 1962 vor dem Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) Folgendes:*

... ich möchte meine Ausführungen wiederholen, die ich am 10. Oktober in Paris machte. Ich sagte dort, daß wir "sowohl in politischer als auch anderer Hinsicht an den Zielen und Bestrebungen derer, die die Bonner Erklärung abgaben, vollen Anteil nehmen und daß wir bemüht sein werden, wenn wir erst Mitglied der Gemeinschaft sind, mit Ihnen in positivem Geiste zusammenzuwirken, um die Einheit zu stabilisieren, die Sie gebildet haben-.

Seither haben wir nicht nur interessiert, sondern auch wohlwollend Ihre Bemühungen verfolgt, der Bonner Erklärung konkrete Formen zu geben. Wir haben von vornherein erkannt, daß die Verträge von Rom und Paris neben der wirtschaftlichen auch eine politische Zielsetzung haben. Deshalb kam es nicht überraschend für uns, als die sechs Regierungen, nachdem sie die Grundsteine ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit erfolgreich gelegt hatten, zu erwägen begannen, wie sie die Bedingungen für eine engere politische Einheit entwickeln und bestimmen könnten. Noch - wenn ich so sagen darf - kam es überraschend für uns, zu erfahren, daß sich dies als eine ziemlich schwierige Aufgabe erwiesen hat. Wir selbst haben bereits über diese Probleme nachgedacht, seit wir uns entschlossen hatten, Verhandlungen für einen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzustreben, und haben es dabei unsererseits nicht leicht gefunden, genau zu übersehen, wie schnell bzw. wie weit man vernünftigerweise in den verschiedenen Stadien versuchen sollte, die Dinge voranzutreiben. Natürlich haben wir das Problem nicht aus derselben Perspektive gesehen wie Sie selbst. Wir haben in Kategorien einer erweiterten Gemeinschaft gedacht, die nicht allein das Vereinigte Königreich, sondern auch andere europäische Staaten umfassen würde, die der Europäischen Gemeinschaft beitreten werden. Mit anderen Worten - und das möchte ich hier vor Ihnen besonders herausstellen -, wir müssen im Unterschied zu Ihnen den Problemen der Länder Rechnung tragen, denen zugemutet werden würde, zur gleichen Zeit mit den wirtschaftlichen auch die politischen Implikationen dieses Experiments zu akzeptieren. Man könnte dies als gleichzeitiges Nehmen zweier Hürden beschreiben - wogegen es Ihnen möglich war, mehrere Jahre dazwischenzulegen. Das ist ein bedeutender Unterschied. Es ist die Erklärung für eine gewisse vorsichtige Zurückhaltung, die Sie in unserer Einstellung zu der Frage künftiger Verpflichtungen auf politischem Gebiet vielleicht manchmal wahrzunehmen glauben ...

QUELLE: Geschichte in Quellen: Die Welt seit 1945, bearb. V. Helmut Krause und Karlheinz Reif, hrsg. V. Wolfgang Lautemann und Manfred Schlenke, München (Bayerischer Schulbuch-Verlag) 1980, Nr. 183, S. 366f.

b) *48 Stunden nach dem Scheitern der Konferenz der Sechs in Paris (18. April 1962) veröffentlichte die Zeitung "Le Soir" das folgende Interview mit dem belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak:*

Ich habe nicht gezögert zu sagen, daß in dem Europa, das von uns heute vorgeschlagen wird, das Element der Stabilität, des Gleichgewichts und der Erfahrung, das durch Großbritannien repräsentiert wird, mir von größter Bedeutung erscheint und das um so mehr, da wir heute vom europäischen Geist recht weit entfernt sind, der sich vor einigen Jahren kundgetan hat. Ich muß auch unterstreichen, daß sich Europa nur bei einer Gleichheit der Staaten konstruieren läßt. Dies ist ein Gedanke, der vielleicht von den großen Mächten schwer zu akzeptieren ist, aber eine Bedingung sine qua non für den Erfolg des Unternehmens darstellt. Was gefährlich und wirklich unannehmbar wäre, ist, daß gewisse große Länder sich einbilden könnten, die Probleme seien automatisch gelöst, sofern sie zu einem Einvernehmen unter sich gelangt sind. Was meine Befürchtungen bezüglich der Zukunft der Atlantischen Allianz anbelangt, so muß ich sagen, daß die gegenwärtige Gesamtsituation die Befürchtungen mancher vermehrt. Persönlich habe ich immer geglaubt, daß man das politische Europa von den Angelsachsen nicht entfernen sollte und den Gedanken eines Europa als dritte Macht ablehnen sollte. (...)

QUELLE: Geschichte in Quellen: Die Welt seit 1945, bearb. V. Helmut Krause und Karlheinz Reif, hrsg. V. Wolfgang Lautemann und Manfred Schlenke, München (Bayerischer Schulbuch-Verlag) 1980, Nr. 182, S. 364f.

Mat. 3/4 Die USA und Europa

„Solange die große Giraffe und der alte Fuchs lebten, waren alle Tiere glücklich und fuhren in Volkswagen umher und gingen jeden Abend in die Folies Bergère. Doch eines Tages bekam die alte Giraffe infolge irgendeiner Unvorsichtigkeit einen schrecklich langen Hals und starb, und nicht lange danach starb auch der alte Fuchs, und da übernahmen die jungen Füchse, da sie stärker waren als die jungen Giraffen, die Macht.“

Die Fabel stammt von James Reston, dem Washingtoner Chefkorrespondenten der „New York Times“. Sie schildert – vom Standpunkt eines Erzählers in ferner Zukunft -, wie es in Europa zugehen wird, wenn die „große Giraffe“ (de Gaulle) und der „alte Fuchs“ (Adenauer) auf dem europäischen Kontinent eine deutsch-französische Herrschaft errichten, bei der weder der „alte, weise Löwe“ (England) noch der junge „Büffel“ aus Übersee (Amerika) beteiligt sind. Sehr bald werden daraufhin – so meint der Washingtoner Fabelerzähler zu wissen – die „jungen Füchse“ die Herren des Kontinents sein: die Deutschen.

Aber eines Tages werden dann der „Bär“ und der „Tiger“ (Rußland und China) sich auf die Eisenbahn setzen, nach Europa reisen und alle kleinen Füchse und alle kleinen Giraffen auffressen - „ausgenommen einige wenige, die sie sich für den kommunistischen Tiergarten aufbewahren“. Der Büffel aber wird „zu weit weg sein, um irgend etwas dagegen tun zu können“.

Vorläufig ist Restons düstere Prophezeiung noch nicht Wirklichkeit. Noch leben Giraffen, Füchse und „alle die freien Tiere“ Europas, und noch hält der junge Büffel Wache in Berlin.

Die „große Giraffe“ wird in dieser Woche gar den „alten Fuchs“ besuchen, und alle kleinen Füchse werden, dessen kann man sicher sein, jubeln, wo immer sie der großen Giraffe ansichtig werden – sei es in Bonn, an der Ruhr, in Hamburg oder München.

James Restons Fabel ist eine Fabel, aber sie drückt zutreffend das Unbehagen aus, das US-Präsident John F. Kennedy und seine Berater angesichts einer deutsch-französischen Herzlichkeit empfinden, die nun – nach dem Adenauer-Besuch in Frankreich Anfang Juni – einem zweiten Liebesfest entgegenstrebt, diesmal auf deutschem Boden.

Mehr als ein Jahrzehnt lang – seit etwa 1949 – haben die USA die deutsch-französische Versöhnung mit Engelszungen gepredigt. Nun jedoch, da sie – im Jahre 1962 – hantierbar geworden ist, zeigt sich Washington mürrisch, stichelt in Bonn gegen die Franzosen und in Paris gegen die Deutschen und läßt in die Spalten befreundeter Presse-Kommentatoren apokalyptische Drohungen sickern: vom Ende der Atlantischen Gemeinschaft, vom Zusammenbruch der Nato, vom Rückzug der Amerikaner aus Europa.

QUELLE: Berlin und die Bombe, in: DER SPIEGEL Nr. 36/05.09.1962, S. 42-60, hier S. 42

Anmerkung:

James Reston (1909-1995) war einer der bekanntesten und einflussreichsten amerikanischen Journalisten, der lange Zeit für die *New York Times* geschrieben hat.

M 3/5

Auszüge aus: Jean Monnet: Erinnerungen eines Europäers. München (Hanser-Verlag) 1978

[S. 558] Der Fouchetplan verschwand im April 1962 von der Tagesordnung, ohne daß Adenauer die notwendige Anstrengung unternommen hätte, ihn zu retten. Offensichtlich wollte er nicht so stark Druck auf de Gaulle ausüben, dem er die Initiative in den europäischen Angelegenheiten überließ, die sich für ihn auf die westliche Solidarität gegenüber dem Osten konzentrierten. Sein Vertrauen auf die amerikanische Unterstützung war angeknackst, und er verhielt sich, als habe er von Frankreich feste Zusagen für Berlin erhalten. Viele Männer jedoch in seiner eigenen Partei und in der Opposition sahen die Dinge nicht so, und seine politische Isolierung wurde zu einem schweren Problem. Ich war weiterhin davon überzeugt, daß man sich beeilen mußte, um die institutionellen Bindungen enger zu gestalten, die Deutschland untrennbar mit dem Westen verbanden, wie es der alte [559] starrsinnige Kanzler wollte, aber an den ganzen Westen, das heißt, an ein Europa, das England einschloß und auf der Basis der Gleichheit mit den Vereinigten Staaten verbunden war. Dieser Plan ging weiter als der seine - aber sein Plan war die erste Bedingung, die er zum großen Teil erreicht hatte und die er sicherer als andere vollenden konnte.

Doch der Elan, den die Staatsmänner guten Willens Europa wiedergeben wollten, löste sich in Mißverständnisse auf, und man konnte bereits die Gegenbewegung beobachten. Am 15. Mai hielt de Gaulle eine Pressekonferenz ab, um Tadel zu verteilen. Er präziserte seine eigene Vorstellung von Europa, die im Grunde nicht neu war, die jedoch durch die gewollt abfällige Terminologie überraschte. Diese Mißachtung veranlaßte einige der treuesten Minister der M.R.P. zurückzutreten: Pflimlin, Buron, Maurice Schumann. Die schwerste Beleidigung lag nicht in dem Wort *Volapük*, das von da an geblieben ist, sondern in der Definition des gemeinsamen Europa und in den Verdächtigungen gegenüber seinen Baumeistern:

»In dieser Hinsicht sind nur die Staaten berechtigt, legitimiert und auch fähig, etwas zu verwirklichen. Ich wiederhole, daß es zur Stunde kein anderes Europa geben kann als das der Staaten, außerhalb der Mythen, Fiktionen, Paraden natürlich ...

Das integrierte Europa, wie man das nennt, in dem es keine Politik gäbe, würde sich in die Abhängigkeit von irgend jemand außerhalb begeben, und da gäbe es nur einen. Es gäbe vielleicht einen Einiger, aber das wäre kein Europäer. Und vielleicht ist es der, der bis zu einem gewissen Grad und manchmal gewisse Einzelheiten dieses oder jenes Anhängers der Integration Europas inspiriert.« (...)

Anmerkung:

Jean Monnet (1888-1979), Wegbereiter der europäischen Einigungsbestrebungen nach dem Zweiten Weltkrieg und erster 1952-55 erster Präsident der „Hohen Behörde“ der Montanunion, gründete 1955 mit Politikern verschiedener europäischer Staaten zusammen das einflussreiche „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“, dessen Präsident er bis zur Selbstaflösung im Jahr 1975 blieb.

M 3/6

Tischrede Charles de Gaulles in Schloß Brühl am 4. September 1962 (Auszüge)

Herr Bundespräsident! Daß Deutschland heute offiziell das französische Staatsoberhaupt empfängt, daß es dies mit der Herzlichkeit tut, die Ihre erhabenen Worte soeben zum Ausdruck gebracht haben, daß Ihr Gast gerade der Mann ist, der die Ehre hat, Ihnen zu antworten, daß derartige Zeremonien hier denen folgen, die während Ihres eigenen ergreifenden Besuchs in Frankreich stattgefunden haben, und danach, anlässlich der unvergeßlichen Reise des Herrn Bundeskanzlers, das ist das außergewöhnliche Kennzeichen unserer Zeit. Denn die freundschaftliche Annäherung unserer beiden Völker ist wohl eines der bedeutungsvollsten und aufsehenerregendsten Ereignisse, die Europa und die Welt im Laufe der Jahrhunderte erlebt haben.

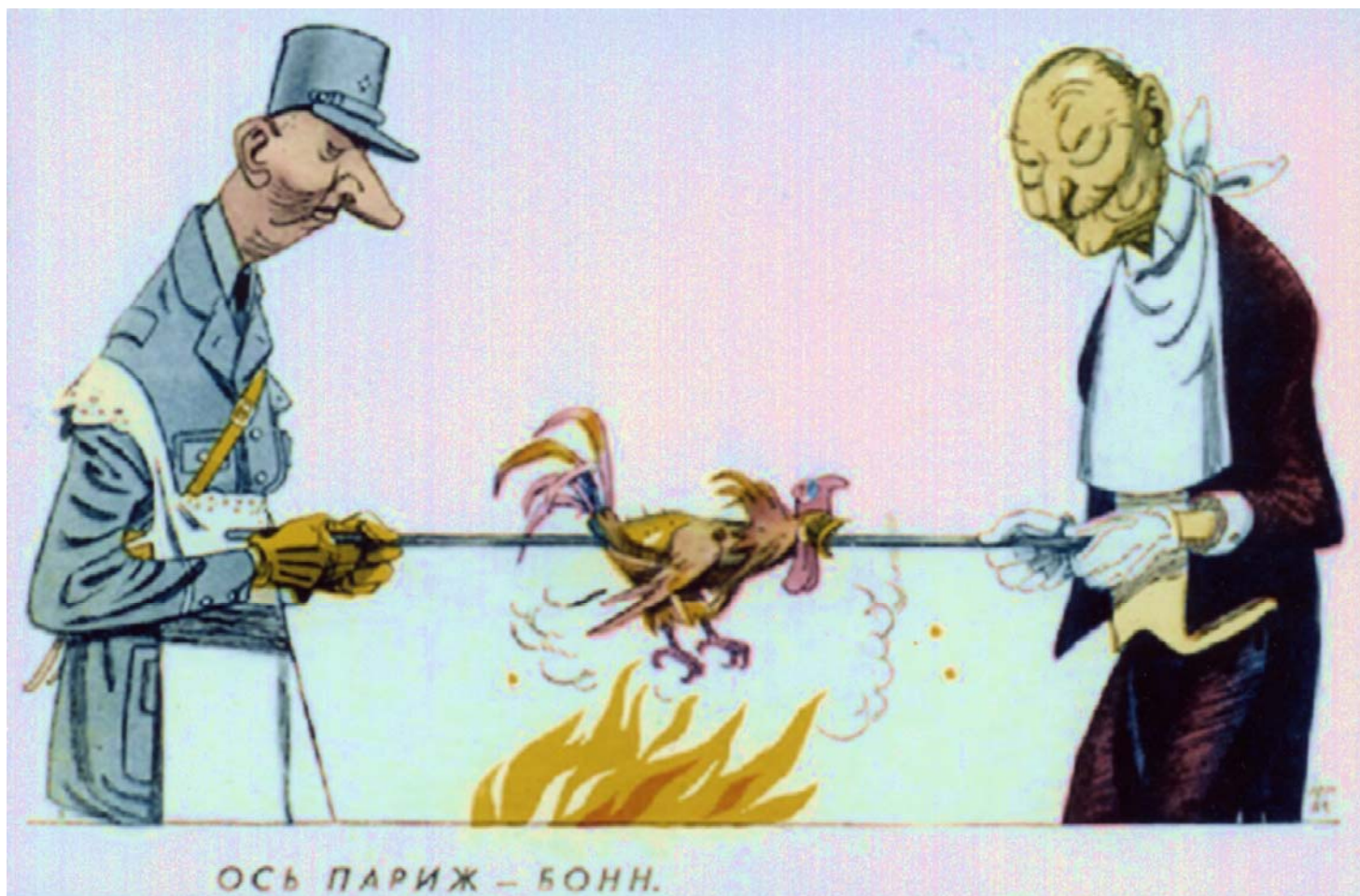
Dieser Zusammenschluß, den Frankreich und Deutschland erstreben, soll überdies dem gemeinsamen Wirken dienen, und deshalb gehen nun beide Staaten daran, ihn zu bewerkstelligen. Bei den guten gegenseitigen Beziehungen unserer Regierungen könnten Skeptiker geneigt sein, nur die Hilflosigkeit wahrzunehmen, mit der sich, am Ende ihres Kampfes, wankende und erschöpfte Ringer einander stützen. Ja gewiß, es stimmt schon, daß Franzosen und Deutsche - aus gutem Grund - das vergebliche und verheerende Ringen aufgegeben haben und nun das erkennen, worin sie einander gleichen. Wenn wir aber unseren Zank und unseren Zorn verbannt haben, so geschah dies nicht etwa um einzuschlummern. Ganz im Gegenteil, aus dieser Versöhnung müssen wir eine gemeinsame Quelle der Macht, des Einflusses und der Tat machen.

Weshalb wollen wir einen solchen Zusammenschluß? Zunächst, weil wir zusammen und direkt bedroht sind. Bei dem herrschsüchtigen Streben der Sowjets weiß Frankreich sehr wohl, welch unmittelbare Gefahr seinen Leib und seine Seele bedrohen würde, wenn vor ihm Deutschland wanken würde, genauso wie auch Deutschland nicht verkennen kann, daß sein Geschick besiegelt wäre, wenn hinter ihm Frankreich es nicht mehr unterstützen würde. Diesen Zusammenschluß wollen wir ferner, weil die Allianz der freien Welt, mit anderen Worten die gegenseitige Verpflichtung Europas und Amerikas, auf lange Sicht ihr Selbstvertrauen und ihre Dauerhaftigkeit nur bewahren kann, wenn es auf dem Alten Kontinent einen Damm der Macht und des Wohlstands, ähnlich dem der Vereinigten Staaten auf dem Neuen Kontinent, gibt. Ein derartiger Damm kann aber nur auf der Grundlage der Solidarität unserer beiden Staaten errichtet werden. Diesen Zusammenschluß wollen wir ebenfalls mit Aussicht auf eine Entspannung und, sodann, auf eine internationale Verständigung, die es ganz Europa gestatten würden, nach Beendigung des herrschsüchtigen Strebens einer überholten Ideologie im Osten, sein Gleichgewicht, seinen Frieden, seine Entwicklung vom Atlantischen Ozean bis zum Ural herzustellen unter der zwingenden Bedingung, daß eine lebensvolle und starke europäische Gemeinschaft im Westen betrieben wird, das heißt, wesentlich eine einzige und gleiche deutsch-französische Politik. Diesen Zusammenschluß wollen wir schließlich, ja ich möchte beinahe sagen vor allem, wegen der unermesslichen Aufgabe des wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorankommens, die der ganzen Welt auferlegt ist und für die die Vereinigung der europäischen Werte, und an erster Stelle derjenigen Deutschlands und Frankreichs, das ausschlaggebende Element des menschlichen Gelingens darstellen kann und soll.

Wie kann man jedoch unseren Zusammenschluß aus dem Reich der Wünsche in das der Taten oder, anders ausgedrückt, das der Politik versetzen? Eigentlich ist der Weg angegeben. Die sechs Staaten Europas: Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg, mit ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, ihrer ähnlichen Lebensweise, ihren sich einander ergänzenden Hilfsquellen, ihrer dumpfen Erkenntnis eines nunmehr gleichartigen Schicksals, diese Staaten haben bereits untereinander eine Wirtschaftsgemeinschaft geschlossen. Alle Formeln und Vorschläge liegen jetzt vor, um es ihnen zu ermöglichen, ihre politische Zusammenarbeit zu organisieren. Gewiß haben einige Theorien und Vorurteile von innen heraus, in Verbindung mit gewissen äußeren Einflüssen, vorübergehend den Abschluß aufhalten können. Aber Deutschland und Frankreich haben, was sie betrifft, allen Grund, da sie sich ja über das Prinzip und die Durchführung dieses entscheidenden Werks einig sind, ohne noch länger zu zögern, ihre eigene Verbundenheit zu verstärken. Wenn sie dies tun, so können sie die Gewißheit haben, Europa und der Freiheit der Welt einen guten Dienst zu leisten.

Herr Präsident! Ich danke Ihnen! Ich danke in Ihrer Person dem Staatsmann, der mit größter Umsicht und eindrucksvoller Würde das Geschick der Bundesrepublik Deutschland leitet und der vorhin Worten Ausdruck verlieh, die wir nie vergessen werden. Ich danke respektvoll an Ihrer Seite Frau Lübke, die so zuvorkommend und freundlich meiner Frau und mir sowie allen, die uns begleiten, einen so prächtigen Empfang hier bereitet hat. Ich erhebe mein Glas zu Ehren Deutschlands, dem Freund und Verbündeten Frankreichs.

M 3/7



Die Achse Paris – Bonn

Quelle : « Krokodil » 30.10.1962, Nr. 30

« Krokodil » ist eine seit 1922 in der Sowjetunion erscheinende linientreue satirische Zeitschrift. Ihr Erscheinen wurde 2000 aus finanziellen Gründen eingestellt.